

Angst um den guten Ruf

Tagung zum Rechtsextremismus: Viele schweigen, weil sie Druck aus dem Ort fürchten

VON SANDRA ROSE

TREYSA. Wie kann die Zivilgesellschaft rechtsextremen Aktivitäten entgegen treten? Mit dieser Frage beschäftigten sich diese Woche 36 Menschen aus Politik und Vereinen, Vertreter der Jugendarbeit, der Polizei sowie Jugendliche. Die Fachtagung „Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken“ war eine Kooperationsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem kreiseigenen Projekt „Gewalt geht nicht“.

Ziel der Tagung war es, den Blick für rechtsextreme Tendenzen zu schärfen und klar zu machen, dass es sich hierbei nicht um eine Jugendbewegung handelt, sondern Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft zu suchen ist, erklärte Projektleiter Stephan Bürger.

Wie die Zivilgesellschaft funktioniert, darüber referierte zunächst Dr. Reiner Becker, Leiter des Beratungsnetzwerkes Hessen.

Dann kamen die Teilnehmer miteinander ins Gespräch. Dabei stand unter anderem im Fokus, dass eine zivilgesellschaftliche Gegenwehr dann versagt, wenn Menschen aus dem Ort Teil des Problems sind oder Beziehungsgeflechte das Engagement verhindern.

„Das größte Hemmnis, etwas zu tun, sind persönliche Bindungen“, stellte Dr. Becker klar. Innerhalb der dörflichen Strukturen würden Menschen, die rechtsextreme Tendenzen wahrnehmen und zum Thema machen, häufig



Im Gespräch: Männer und Frauen aus Politik und Vereinen, Vertreter der Jugendarbeit, der Polizei und Jugendliche beschäftigten sich mit gesellschaftlichem Engagement gegen Rechts.

Foto: Rose

als Nestbeschmutzer denunziert. „Das ist häufig sehr bitter für Opfer, denen selbst die Schuld an Übergriffen gegeben wird“, erklärte Becker. Als mögliche Lösung schlug die Gruppe vor, Bürgerbündnisse zu gründen.

Eine zweite These beschäftigte sich damit, dass gesellschaftliches Engagement ins Leere laufe, wenn lokal bedeu-

tende Personen wie Bürgermeister örtliche Problemlagen nicht sehen. „Diese Haltung resultiert oft daraus, dass man um den guten Ruf des Dorfes und negative Konsequenzen fürchtet“, erklärte Helge von Horn.

Rechte in Vereinsvorständen

Eine Strategie der Rechten sei, dass sie sich in Vereinsvor-

stände wählen ließen, um größeren Handlungsspielraum zu haben. Auch hier müsse man Strukturen aufbrechen: „Hier darf in der Gegenwehr keiner allein dastehen. Wichtig ist eine flächendeckende Unterstützung.“

Engagement gegen Rechtsextremismus erfordere aber auch, dass sich Menschen aktiv am Gemeinwesen beteiligten – die Ergebnisse dieses Diskussionspunktes erläuterte Bärbel Spöhr. „Wir müssen die Menschen auf der Gefühls-ebene antippen. Emotionale Betroffenheit schafft Gemeinsamkeit“, sagte sie. Kommunen müssten auch finanzielle Anreize schaffen, sich zu engagieren. „Es muss zum guten Ton gehören, sich zu äußern.“ Ängste müssten wahrgenommen werden: „Und man muss im Dorf darüber reden, wie man leben will und wie nicht.“

HINTERGRUND

HINTERGRUND

Neupärtl: Einmischung ist wichtig

Den Dialog zwischen Politik und Vertretern aus Vereinen und Organisationen regte auch Landrat Frank-Martin Neupärtl an. In erster Linie ging es darum, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen: „Beispiel hierfür ist der Runde Tisch Schwalmstadt, der unter dem Motto ‚Schwalmstadt bleibt bunt‘ Aktionen

und Projekte bündelt.“ Langfristig müsse man darüber nachdenken, wie man Menschen stärker an Demokratie teilhaben lassen könnte: „Nur wer sich wertgeschätzt fühlt und sich einmischen kann, wird unsere demokratische Grundordnung schätzen und nach dieser handeln“, sagte Neupärtl. (zsr)